

Informationen zum Datenschutz nach EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Veolia Umweltservice Dual GmbH, Kundenportale

Hiermit informieren wir die Besucher und Nutzer unseres Veolia Umweltservice Dual Kundenportals (www.veolia-umweltservice.de/dual-neukunden/) über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte. Für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten der Besucher unseres allgemeinen Internetauftritts unter www.veolia.de sind die dort hinterlegten allgemeinen Datenschutzhinweise unter www.veolia.de/Datenschutz maßgeblich.

=====

Abschnitt A)

Allgemeine Hinweise zum Datenschutz

=====

A1) Verantwortliche Stelle

Verantwortlicher im Sinne der Datenschutzgrundverordnung, des Bundesdatenschutzgesetzes und anderer Bestimmungen mit datenschutzrechtlichem Charakter ist:

Veolia Umweltservice Dual GmbH
Hammerbrookstraße 69
20097 Hamburg
Telefon: (0381) 87715-320
Fax: (0381) 87715-311
E-Mail- Adresse: de-ves-info-dual@veolia.com

Veolia Umweltservice Dual GmbH ist nicht verpflichtet, einen Datenschutzbeauftragten zu bestellen. Selbstverständlich können Sie sich dennoch gerne in Fragen des Datenschutzes an uns wenden. Bitte kontaktieren Sie in diesem Fall:

Veolia Umweltservice Dual GmbH
Datenschutz
Hammerbrookstraße 69
20097 Hamburg
Telefon: (040) 78101-0
E-Mail- Adresse: de.datenschutz@veolia.com

A2) Begriffsbestimmungen

Um die Verständlichkeit der in dieser Datenschutzerklärung verwendeten Begriffe zu erhöhen, folgen zunächst Begriffserklärungen, die in der Datenschutzerklärung Verwendung finden:

- personenbezogene Daten

Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann.

- betroffene Person

Betroffene Person ist jede identifizierte oder identifizierbare natürliche Person, deren personenbezogene Daten von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen verarbeitet werden.

- Verarbeitung

Verarbeitung ist jeder mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführte Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung.

- Einschränkung der Verarbeitung

Einschränkung der Verarbeitung ist die Markierung gespeicherter personenbezogener Daten mit dem Ziel, ihre künftige Verarbeitung einzuschränken.

- Profiling

Profiling ist jede Art der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten, die darin besteht, dass diese personenbezogenen Daten verwendet werden, um bestimmte persönliche Aspekte, die sich auf eine natürliche Person beziehen, zu bewerten, insbesondere, um Aspekte bezüglich Arbeitsleistung, wirtschaftlicher Lage, Gesundheit, persönlicher Vorlieben, Interessen, Zuverlässigkeit, Verhalten, Aufenthaltsort oder Ortswechsel dieser natürlichen Person zu analysieren oder vorherzusagen.

- Pseudonymisierung

Pseudonymisierung ist die Verarbeitung personenbezogener Daten in einer Weise, auf welche die personenbezogenen Daten ohne Hinzuziehung zusätzlicher Informationen nicht mehr einer spezifischen betroffenen Person zugeordnet werden können, sofern diese zusätzlichen Informationen gesondert aufbewahrt werden und technischen und organisatorischen Maßnahmen unterliegen, die gewährleisten, dass die personenbezogenen Daten nicht einer identifizierten oder identifizierbaren natürlichen Person zugewiesen werden.

- Verantwortlicher oder für die Verarbeitung Verantwortlicher

Verantwortlicher oder für die Verarbeitung Verantwortlicher ist die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet. Sind die Zwecke und Mittel dieser Verarbeitung durch das Unionsrecht oder das Recht der Mitgliedstaaten vorgegeben, so kann der Verantwortliche beziehungsweise können die bestimmten Kriterien seiner Benennung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten vorgesehen werden.

- Auftragsverarbeiter

Auftragsverarbeiter ist eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet.

- Empfänger

Empfänger ist eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, der personenbezogene Daten offengelegt werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihr um einen Dritten handelt oder nicht. Behörden, die im Rahmen eines bestimmten Untersuchungsauftrags nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten möglicherweise personenbezogene Daten erhalten, gelten jedoch nicht als Empfänger.

- **Dritter**

Dritter ist eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle außer der betroffenen Person, dem Verantwortlichen, dem Auftragsverarbeiter und den Personen, die unter der unmittelbaren Verantwortung des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters befugt sind, die personenbezogenen Daten zu verarbeiten.

- **Einwilligung**

Einwilligung ist jede von der betroffenen Person freiwillig für den bestimmten Fall in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist.

A3) Bereitstellung von personenbezogenen Daten

Sofern Sie einen Vertrag abschließen möchten, ist die Bereitstellung von personenbezogenen Daten für den Vertragsabschluss erforderlich, da wir ansonsten den Vertrag nicht abschließen und durchführen können. Ferner benötigen wir bei Anfragen, die Sie an uns richten, bestimmte Informationen, da wir ansonsten Ihr Anliegen nicht bearbeiten können. Die mindestens benötigten Informationen ergeben sich aus den gesondert gekennzeichneten Formularfeldern.

Wenn Sie von uns bereitgestellte Formulare an Ihrem Endgerät ausfüllen, haben wir keinen Zugriff auf die von Ihnen eingetragenen Daten, so lange Sie das Formular nicht abgesendet haben.

A4) Rechte der betroffenen Person

- **Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde gemäß Art. 77 DSGVO**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres gewöhnlichen Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen diese Verordnung verstößt.

- **Recht auf Bestätigung und Auskunft gemäß Artikel 15 DSGVO**

Jede betroffene Person hat das Recht, von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das Recht, jederzeit von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen unentgeltliche Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten personenbezogenen Daten und eine Kopie dieser Auskunft zu erhalten. Weiterhin hat die betroffene Person das Recht auf folgende Informationen:

- die Verarbeitungszwecke
- die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden
- die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, insbesondere bei Empfängern in Drittländern oder bei internationalen Organisationen
- falls möglich: die geplante Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer
- das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung
- das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde
- wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden: Alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten

- das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Artikel 22 Abs.1 und 4 DSGVO und — zumindest in diesen Fällen — aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person

Ferner steht der betroffenen Person ein Auskunftsrecht darüber zu, ob personenbezogene Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt wurden. Sofern dies der Fall ist, so steht der betroffenen Person im Übrigen das Recht zu, Auskunft über die geeigneten Garantien im Zusammenhang mit der Übermittlung zu erhalten.

Möchte eine betroffene Person dieses Auskunftsrecht in Anspruch nehmen, kann sie sich hierzu jederzeit an einen Mitarbeiter des für die Verarbeitung Verantwortlichen wenden.

- **Recht auf Berichtigung gemäß Art. 16 DSGVO**

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung hat die betroffene Person das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

Möchte eine betroffene Person dieses Berichtigungsrecht in Anspruch nehmen, kann sie sich hierzu jederzeit an einen Mitarbeiter des für die Verarbeitung Verantwortlichen wenden.

- **Recht auf Löschung (Recht auf Vergessen werden) gemäß Art. 17 DSGVO**

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- Die personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- Die betroffene Person widerruft ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a oder Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- Die betroffene Person legt gemäß Artikel 21 Absatz 1 Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder die betroffene Person legt gemäß Artikel 21 Absatz 2 Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
- Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
- Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Artikel 8 Absatz 1 erhoben.
-

Hat der Verantwortliche die personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und ist er gemäß Artikel 17 Absatz 1 zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass eine betroffene Person von ihnen die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt hat.

Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

- zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
- zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
- aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Artikel 9 Absatz 2 Buchstaben h und i sowie Artikel 9 Absatz 3;
- für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gemäß Artikel 89 Absatz 1, soweit das in Absatz 1 genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
- zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO**

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:

- die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von der betroffenen Person bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen,
- die Verarbeitung unrechtmäßig ist und die betroffene Person die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnt und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangt;
- der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, die betroffene Person sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt, oder
- die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Artikel 21 Absatz 1 DSGVO eingelegt hat, solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Wurde die Verarbeitung eingeschränkt, so dürfen diese personenbezogenen Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Einwilligung der betroffenen Person oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Eine betroffene Person, die eine Einschränkung der Verarbeitung erwirkt hat, wird von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

- **Recht auf Datenübertragbarkeit gemäß Art. 20 DSGVO**

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern

- die Verarbeitung auf einer Einwilligung gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a oder Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a DSGVO oder auf einem Vertrag gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b DSGVO beruht und
- die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Bei der Ausübung ihres Rechts auf Datenübertragbarkeit hat die betroffene Person das Recht, zu erwirken, dass die personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist.

Die Ausübung des Rechts auf Datenübertragbarkeit lässt Artikel 17 (Recht auf Löschung (Recht auf Vergessen werden)) unberührt. Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt nicht für eine Verarbeitung, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

- **Recht auf Widerspruch gemäß Art. 21 DSGVO**

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Buchstaben e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.

Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten im Falle des Widerspruchs nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die den Interessen, Rechten und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Verarbeiten wir personenbezogene Daten, um Direktwerbung zu betreiben, so hat die betroffene Person das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung der personenbezogenen Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen. Dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht. Widerspricht die betroffene Person gegenüber uns der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden wir die personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeiten.

Zur Ausübung des Rechts auf Widerspruch kann sich die betroffene Person direkt an die oben genannte Verantwortliche Stelle richten, möglichst unter den dort genannten Kontaktdaten. Der Widerspruch kann formfrei erfolgen. Der betroffenen Person steht es ferner frei, im Zusammenhang mit der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft, ungeachtet der Richtlinie 2002/58/EG, ihr Widerspruchsrecht mittels automatisierter Verfahren auszuüben, bei denen technische Spezifikationen verwendet werden.

A5) Recht auf Widerruf einer datenschutzrechtlichen Einwilligung

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das vom Europäischen Richtlinien- und Verordnungsgeber gewährte Recht, eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten jederzeit zu widerrufen.

Möchte die betroffene Person ihr Recht auf Widerruf einer Einwilligung geltend machen, kann sie sich hierzu jederzeit an die oben genannte Verantwortliche Stelle richten, möglichst unter den dort genannten Kontaktdaten.

Abschnitt B)

Hinweise zum Datenschutz bei Vertragsabschlüssen über das Neukunden-Portal und im weiteren Geschäftsverlauf

B1) Kategorien personenbezogener Daten und Datenquellen

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die Sie uns bei Nutzung des Neukunden-Portals oder im weiteren Geschäftsverlauf, im Kundenportal (LMS) und z.B. im Rahmen von Reklamationen, zur Verfügung stellen.

B2) Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung vorvertraglicher bzw. vertraglicher Pflichten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b DSGVO. Der Zweck umfasst insofern: Bearbeitung von Anfragen, Führen einer Kundenkartei, Vertragsschließung und Lizenzierung Ihrer Verpackungen, Rechnungsstellung, Zahlungsabwicklung, Bearbeitung von Reklamationen, Durchsetzung bzw. Abwehr von Ansprüchen im Rahmen von Rechtsstreitigkeiten.

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung der Vertrags oder der Beantwortung Ihrer Anfrage hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO. Zu den Zwecken zählen:

- Vertriebscontrolling
- Kundenbeziehungsmanagement
- Absicherung von Forderungen mittels Warenkreditversicherung
- Anfragen bei Auskunfteien zur Ermittlung von Bonitäts- und Ausfallrisiken
- Werbung, soweit dies ohne Ihre Einwilligung zulässig ist, insbesondere zum Versand von Werbung bzw. E-Mail-Werbung für unsere Produkte und Dienstleistungen, sofern Sie in den letzten drei Jahren unser Kunde waren, Sie uns Ihre Postanschrift bzw. E-Mail-Adresse angegeben haben und Sie der Werbung nicht widersprochen haben. Wir haben ein berechtigtes wirtschaftliches Interesse, unseren Bestandskunden Werbung per Post bzw. E-Mail zuzusenden
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke erteilt haben, ist Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung Ihre Einwilligung entsprechend Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a DSGVO. Die Zwecke der Verarbeitung ergeben sich aus der jeweiligen Einwilligungserklärung.

Als Unternehmen der Kreislauf- und Entsorgungswirtschaft unterliegen wir diversen rechtlichen Anforderungen, darunter Handelsrecht, Steuerrecht und Abfallrecht. Die darin enthaltenen Vorschriften verpflichten uns dazu, personenbezogene Daten unserer Kunden zu verarbeiten. Der Zweck der Verarbeitung ist also die Einhaltung der Vorschriften, insbesondere die ordnungsgemäße Dokumentation der Geschäfte und die Aufbewahrung der zugehörigen Unterlagen einschließlich der darin enthaltenen personenbezogenen Daten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c DSGVO in Verbindung mit insbesondere den folgenden Vorschriften: § 238 Handelsgesetzbuch (Buchführungspflicht), § 257 Handelsgesetzbuch und § 147 Abgabenordnung (Aufbewahrung von Unterlagen). Zudem sind wir gemäß § 6 Abs. 1 Verpackungsverordnung (Verpackungsgesetz ab 01.01.2019) verpflichtet, Ihre Beteiligung an unserem System den zuständigen öffentlichen Stellen mitzuteilen.

B3) Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Innerhalb des Unternehmens erhalten diejenigen Stellen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten brauchen. Dies sind beispielsweise Abteilungen wie Vertrieb, Faktura, Controlling.

Soweit dies zulässig ist, geben wir personenbezogene Daten in dem Umfang weiter, der für den jeweiligen Zweck notwendig ist. So erhalten z.B. von uns eingesetzte Nachunternehmer zwecks Durchführung der bestellten Lieferung bzw. Leistung Ihren Namen und Ihre Anschrift, nicht jedoch Ihre Zahlungsinformationen.

Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten sein:

- Unternehmen innerhalb der Veolia Gruppe, bei denen bestimmte Tätigkeiten ganz oder teilweise zentralisiert sind, darunter Finanz- und Rechnungswesen, Vertriebsunterstützung, Unternehmensentwicklung, Marketing und Kommunikation, IT, Einkauf und Qualitätsmanagement
- Banken zur Durchführung des Zahlungsverkehrs mit Ihnen
- Rechtsanwälte, Gerichte oder Gerichtsvollzieher im Rahmen von Rechtsstreitigkeiten
- Öffentliche Stellen und Institutionen aufgrund einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung, darunter z.B. Landesumweltministerien
- Warenkreditversicherer zur Absicherung von Forderungen, soweit das Geschäftsvolumen mit Ihnen bestimmte Wertgrenzen überschreitet.
- Scan- und Druckdienstleister, Versanddienstleister, IT-Dienstleister, Akteneinlagerung, Akten- und Datenträgerentsorgung.

Weitere Datenempfänger können außerdem diejenigen Stellen sein, für die Sie uns Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben.

B4) Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer

Die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen verarbeiteten Daten werden gelöscht, sobald die Maßnahmen durchgeführt wurden und es erkennbar nicht zu einem Vertragsschluss kommt.

Bei Zustandekommen eines Vertrags verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten, solange dies für die Erfüllung unserer vertraglichen Pflichten erforderlich ist, insbesondere bis zum Ablauf der Ihnen zustehenden Gewährleistungs- und ggf. vertraglichen Garantiefristen. Darüber hinaus erfolgt eine Aufbewahrung zum Erhalt von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsfristen, die nach den §§195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) in der Regel 3 Jahre, in gewissen Fällen aber auch dreißig Jahre betragen können. Danach werden die personenbezogenen Daten gelöscht, es sei denn, dass noch Rechtsstreitigkeiten drohen oder anhängig sind.

Ein weiteres Kriterium für die Dauer der Speicherung von personenbezogenen Daten ist die jeweilige gesetzliche Aufbewahrungsfrist. Nach Ablauf der Frist werden die entsprechenden Daten gelöscht, sofern sie nicht mehr zur Vertragserfüllung oder Vertragsanbahnung erforderlich sind. Die Fristen ergeben sich u.a. aus:

- Handelsgesetzbuch und der Abgabenordnung: Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre. Davon betroffen sind z.B. Verträge, Rechnungen und Lieferscheine sowie die personenbezogenen Daten in Warenwirtschafts-, Fakturierungs- und Buchhaltungssystemen.
- Abfallwirtschaftlichen Vorschriften: Im Bereich Abfallrecht betragen die regulierten Aufbewahrungsfristen häufig (aber nicht immer) 3 Jahre ab der letzten Tätigkeit in Bezug auf den betreffenden Vorgang. Dies gilt insbesondere für die Dokumentation gemäß Verpackungsverordnung/Verpackungsgesetz.